

# Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle:  
Halle (Saale), Burg 42-44.  
Fernruf 1047.  
Eröffnet von 7 1/2 Uhr früh  
bis 5 Uhr nachmittags.  
Postfachamt: Erlöse 106000.  
Hermann Schöbe

Schriftleitung:  
Halle (Saale), Burg 42-44.  
Fernruf 1045.  
Ersch. Zeit: Nur wochentags  
von 12 bis 1 Uhr mittags.

## Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 4,50 M., vierteljährl. 13,50 M.;  
wenn die Post bezogen, monatl. 4,50 M., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Freitag nachmittags.  
Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, spätere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf.  
für Reklame, angeschlossen an den dreispaltigen Zeitstreifen.

### Immer noch Regierungstrife.

Das Trauerspiel der Regierungsbildung will sein Ende nehmen. Jeder Tag bringt wieder neue Hindernisse oder irgendeine Neben-  
scheidung. Neue Ministerlisten werden aufgestellt, und hinterher  
fällt es sich heraus, daß die genannten Namen denn doch nicht  
stimmen. Wir verzichten deshalb darauf, sie zu verbreiten und  
warten ab, bis sichere offizielle Nachrichten vorliegen. Sicher  
wissen wir zunächst nur, daß Herr Behrensdorf seine Bemühungen  
fortsetzt, und daß die neue Regierung aus dem Zentrum,  
Demokraten und Deutscher Volkspartei bestehen  
wird. Weiter darf wohl als sicher angenommen werden, daß ich  
die Reichssozialisten zu einigen mehr oder minder formellen  
weiteren Zugeständnissen verhalten werden. Die rechtssozialistische  
Fraktion sei sich, wie das ZV. mitteilen will, klar darüber,  
daß unangenehm keine andere Regierungsbildung möglich ist als  
diejenige, die von Herrn Behrensdorf angestrebt wird. Die Fraktion  
weiß nur nicht, ob und wie sie der neuen Koalition ihre „Wohls-  
wollen“ ausprechen soll, wie es auf alle Fälle vermeiden will,  
für irgendeine Handlung des Kabinetts verantwortlich gemacht  
zu werden, in der die Deutsche Volkspartei vertreten ist. Es be-  
steht Grund zu der Annahme, daß die Sozialdemokratie vorher  
öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten  
bei der Abstimmung über das Vertrauen zu der neuen Regierung  
im Reichstage abgeben wird. Aber sie wird voraussichtlich durch  
die persönliche Fühlungnahme die entscheidenden Faktoren von  
ihrem definitiven Schritt unterrichten, und so Behrensdorf die Mög-  
lichkeit geben, das Kabinett bei einem wünschenswerten  
Verhalten der Sozialdemokratie zustande zu bringen.

Das bedeutet also, daß die Rechtssozialisten nur formell die  
Verantwortung für die kommende Regierung ablehnen, indem sie  
nicht selbst daran teilnehmen, daß sie aber der neuen Regierung  
in aller Form vollste Unterstützung zugesagt haben und auf diese  
Weise die Regierungsbildung nach der Verantwortung für die  
Regierung über sich in die Zukunft auf die Reichs-  
sozialisten legen. Das Jonglieren mit dem Vertrauensvotum  
und die Ablehnung einer Teilnahme an der neuen Regierung ist  
nur Wenderei, bedeckt für die lauffeigenen Wähler, bei denen  
noch die Erinnerung an die alte Koalitionswirtschaft lebendig  
wird.

Die Demokraten sind aufgebracht, daß sie ihre Ministerposten  
behalten und die Deutsche Volkspartei verzichtet auch auf ihre  
Ansprüche, weitere Ministerstellen zu erhalten oder Radminister  
für die Finanzen und die Post bestellt zu sehen. Das Zentrum  
hält damit der Volksminister Oberweis und den Finanzminister  
Dr. Wirth und ist so auch zufrieden gestellt. Also scheint sich die  
letzte Schwärzerei in Wohlgefallen aufgelöst. Es wird noch  
mitteilt, daß Behrensdorf ebenfalls nach der Verantwortung für  
die Reichssozialisten verhandelt habe, um diesen überaltpolitisch  
agrarischen reaktionären Flügel des Zentrums an sich zu fesseln.  
Der Vaterländischen Volkspartei soll ein Sitz im Ministerium zugesagt  
sein. Dr. Heim aber, der Führer des Bayerischen Zentrums, hat  
abgelehnt in sein Kabinett einzutreten, das nicht ausreicht, daß er  
einen seiner Parteifreunde in das Ministerium sendet. Durch  
den Austritt der Vaterländischen Volkspartei würde die Zahl der  
Abgeordneten, die hinter der neuen Regierung stehen, sich auf  
106 erhöhen. Es fehlen aber immer noch etwa 40 Stimmen zu  
einer Mehrheit. Nun, schließlich wird man die fehlenden Stim-  
men durch die — wünschenswerte Neutralität der Rechtssozialisten  
ergänzen. Bis zum kommenden Montag hofft man die Minister-  
liste bestimmen zu haben, um dann dem Reichstage die Programm-  
erklärung der neuen Regierung vorlegen zu können. Ob es noch  
werden wird? Der Reichstag muß dann eben noch warten;  
müde er doch in seiner Eröffnungssitzung auf die angelegentlich  
Regierungsbildung verzichten. Er darf also bereit für nächsten  
Montag auf das Vergnügen hoffen — wenn ihn nicht wieder  
tugendlich „unvorhergesehener Umstand“ darum bringt. Denn noch  
immer ist ja Herr Behrensdorf auf der Ministerjagd.

Die Reichssozialisten der Reichssozialisten müßte zu For-  
sätzen den Herrn Müller, Scheidemann und Welz.  
In den Fraktionsvorsitz wurden wieder gewählt: Fischer (Ber-  
lin), Koch, Loebe, Wolfenbutter, Frau Juchacz, Stolten, Wilden-  
brand und Edmann (Berlin).

### Die Konferenz in Spa wird vertagt?

Paris, 24. Juni. (R.F.S.) Der Londoner Korrespondent  
des New York Herald will aus guter Quelle erfahren haben, die  
Konferenz in Spa werde wegen der Lage in  
Deutschland abgebrochen werden, falls noch einmal vertagt  
werden. Die Alliierten könnten Verhandlungen von der Bedeutung,  
wie sie in Spa bevorstehen, nur mit einer dauernden Re-  
gierung anknüpfen.

### Der Streit um Erzberger.

Am Mittwoch sollte in der Zentrumsfraktion die Frage  
entschieden werden, ob Erzberger fernerhin noch Mitglied der  
Zentrumsfraktion bleiben soll. Selbstverständlich war zu  
dieser Sitzung Erzberger erschienen. Nach einem Bericht des Re-  
dierers Kollmanners hielt er eine weitläufige Rede, in der er  
sich u. a. darauf berief, daß der Vorkriegsprozess noch nicht ab-  
geschlossen sei, daß er Revision eingeleitet habe. Der gegenwärtig  
liche Flügel der Zentrumsfraktion teilte sich in drei Gruppen an die  
Seite Erzbergers. Auch seine Wittensberger Parteifreunde  
erklärten mit diesem Gewerkschaftsflügel zusammen, daß sie sich

der Zentrumsfraktion anschließen würden, wenn Erzberger be-  
wehrt würde, weiterhin Mitglied zu bleiben. Die Zentrumsfrak-  
tion billigt sich mit einem parlamentarischen Ausweg. Die  
Beschlüsse der Angelegenheit bis auf weiteres zu vertagen und vor-  
läufig Herrn Erzberger noch als Mitglied der Zentrumsfraktion  
anzuerkennen.

### Der neue Reichstag. Die Eröffnungssitzung.

1. Sitzung, Donnerstag, den 24. Juni 1920, 8 Uhr.

Das Haus ist sehr gut besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. In  
der Diplomatengalerie sind zahlreiche Vertreter fremder Staaten an-  
wesend.

Der Alterspräsident Nieke (Preussischweiger, Zog.) eröffnet die  
Sitzung und erklärt den ersten deutschen republikanischen Reichstag  
für eröffnet.

Zu Schriftführern werden die Abg. Frau Bohm-Schuch  
(Zog.), Frau Kones (N.S.), Dr. Pfeiffer (Str.) und Wol-  
femilch (Dn.) bestimmt.

Es wird dann der Namensaufruf der Abgeordneten vor-  
genommen.

Es fehlen u. a. noch die Abgeordneten Erzberger (Str.), Dr.  
Geim (W.P.) und Dr. Eugen Berger (Dn.). Beim Aufruf des  
unabh. Abgeordneten Wittmann, der vom Reichsgericht getrennt  
wegen Landesverrat zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt  
worden ist, ruft Abg. Rebehor (N.S.): „Der ist unter Reichsgerichts-  
verurteilt worden und kann deshalb nicht hier sein.“ (Unruhe.)  
Bei Aufruf des Abgeordneten Stimes (D. Wp.), ruft Abg. Adolf  
Koffmann (N.S.): „Wenn das Geld im Kasten klingelt...“ (Unruhe  
und Heiterkeit.)

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 432 Abgeordneten,  
34 fehlen.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung Freitag 8 Uhr. Wahlen.  
Präsidentenwahl. Am 20. Juni wird sich die neue Regierung  
wahrscheinlich vorstellen und im Anschluß daran wird der parla-  
mentarische Kampf losgehen, der sicherlich lebhafter wird als in der  
alten Nationalversammlung.

### Drei Notizen zur Entwaffnungsfrage

Berlin, 24. Juni. (R.F.S.) Von den drei dem Verfassenden  
der deutschen Friedensdelegation in der Frage der Entwaff-  
nung von Seiten der alliierten Regierungen ausgehenden  
Notizen sticht die erste die verschiedenen Verträge gegen die  
militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages aus, die  
Deutschland von den Alliierten zur Last gesetzt werden. Es wird  
dann im einzelnen auf folgende hingewiesen: Die Alliierten  
sien darin einig, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages  
über die Entmachtung Deutschlands, sowohl was die Deeres-  
kräfte als auch was das Kriegsgesetz betrifft, restlos durch-  
geführt werden müßten. Daher müßte es bei der Strafbefugung  
der deutschen Deerekräfte auf 100 000 Mann verbleiben. Die  
Sicherheitspolizei sei innerhalb dreier Monate auf-  
zulösen. Dafür könne die schon vor dem Krieg bestandene  
Ordnungspolizei auf 150 000 Mann, somit um 70 000  
Mann gegen ihren Stand von 1913 erhöht werden. Ferner  
fordern die Alliierten, daß die deutsche Vergebung ausdrücklich  
in Einklang mit den militärischen Bestimmungen des Friedens-  
vertrages gebracht wird, wobei, wie aus der zweiten Note hervor-  
geht, insbesondere die Abschaffung der allgemeinen  
Wehrpflicht durch Gesetz gemeint ist. Ferner werden in der  
Note geforderte Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Kriegsmateri-  
al verlangt. Endlich wird auf wirksame Maßnahmen zur Auf-  
lösung der Einwohnerwehr bestanden.

Die zweite Note gibt insbesondere Einzelheiten über den  
Erfolg der Sicherheitspolizei durch die 150 000 Mann Or-  
dnungspolizei. Die dritte Note fordert mit Rücksicht auf die  
unvollkommene Durchführung der Auslieferung des mili-  
tärischen Aufnahmestoffes, daß die Anfertigung von  
Aufnahmestoffen in Deutschland, die bis zum 10. Juli wieder  
beginnen könnte, ruht und erst nach voller Durchführung der Aus-  
lieferungspflicht wieder aufgenommen werden darf.

### Blutige Zusammenstöße in Mailand.

Rom, 24. Juni. (R.F.S.) In Mailand wurde am Dienstag  
eine Solidaritäts-Rundgebung für die freifen-  
den Eisenbahnen veranstaltet. Nachher wollten die Teilnehmer  
geschloffen ins Stadtzentrum ziehen, was die Polizei gewaltsam  
verhinderte. Es gab einen heftigen Zusammenstoß, wobei drei  
Personen getötet und 50 verwundet wurden. Rechts  
stellten Patrouillen mit Gewehrmaschinen die Ordnung auf den  
Straßen wieder her. Für den Tag der Beerdigung der Getöteten  
wurde der Generalkriegsminister erklärt.

Rom, 24. Juni. Nach einer Zusammenkunft ist es insofern der  
Kritik gegen die italienischen Behörden, die in Sizilien im  
oberen Gebirge unter der Bevölkerung getrieben wurde, in  
Frient zu schweren Zusammenstößen gekommen.  
Die Menge griff die Carabinieri an und verurteilte die Polizei-  
präfektur zu Rächen.

### Die kapitalistische Inter- nationale.

Von Rud. Treitschke.

Der Temps, das führende Blatt der französischen Bourgeoisie,  
untersucht die Gründe, die zur Niederlage der deutschen Sozial-  
istengesellschaft und zu den Erfolgen der Parteien der Rechten ge-  
führt haben. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Ausgang der  
Wahlen damit zu erklären sei, daß die republikanische Regierung  
in demselben Augenblicke, wo sie die reaktionären Gruppen in  
ihren materiellen Interessen bedrohte, sie in der Diplomatie auf  
dem Gebiete des Interesses, im Inneren und in der Diplomatie viel  
zu sehr gelockert habe. „Wenn die Republik“, so sagt dieser fran-  
zösische Kritiker, „sich während anderthalb Jahre auf dem Ge-  
sicht hat, deren ungeheure Mehrheit der alten Herrschaft nach-  
trauert, auf einen Vorkörper, in dem man höchstens einige hun-  
dert Republikaner findet, auf ein Zerr, das bloß einem Litzwitz  
in die Hand gespielt hat, und das keine Nachfolger unter der Ver-  
sicherung eines Zwecks gelassen haben, auf eine Diplomatie, die zu-  
erst einem alten Schilling Wilhelm II. unterstand, und die  
heute von einem ehemaligen, dem Großen Hauptquartier zuge-  
teilten Kriegs-Korrespondenten geleitet wird, so darf man sich nicht  
wundern: daß es den Gegnern der Republik leicht genug war, ihre  
Wahlkampagne zu führen.“

Der Temps beweist mit diesen Bemerkungen ein gutes Ver-  
ständnis für die deutsche Politik, und wir müssen ihn und seinen  
Freunden nur insofern einen gewissen Mangel an Höflichkeit ge-  
wärtigen, als die bürgerlichen Massen in Frankreich jetzt sehr viel  
Republikanerie und des Großkapitals zu arrangieren, wenn diese  
zu vertrieben und, wenn möglich, zu betragen. Das Blatt ver-  
langt in demselben Artikel, in dem es eine so treffende Charak-  
teristik der Fehler des Koalitionskabinetts liefert, daß nun die Un-  
abhängigen und die Deutsche Volkspartei als die beiden jenseitigen  
Gruppen unverzüglich bindende Erklärungen über ihre Stellung  
zu den europäischen Fragen abgeben, und es geht ihm natürlich  
besonders darum, zu wissen, wie sie sich zu der Erfüllung des  
Friedensvertrages verhalten.

Sein Interesse an der Haltung der Unabhängigen dürfte sich  
inzwischen, nachdem von ihrem Eintritt in die Regierung nicht  
mehr die Rede sein kann, fast vermindert haben, und so kommt  
es ihm jetzt also nur noch darauf an, die Absichten der Deutschen  
Volkspartei kennen zu lernen. Das aber heißt nichts anderes, als  
daß man in Frankreich bereit ist, sich auch mit den Vertretern der  
Zentrumspartei und des Großkapitals zu arrangieren, wenn diese  
nur irgendwelche befriedigende Erklärungen abgeben, und es ist  
ja auch bekannt, wie die maßgebenden Stellen in der französischen  
Regierung schon vor den Wahlen den dringenden Wunsch geäußert  
haben, gerade mit Herrn Hugo Stinnes zu verhandeln.

An sich ist diese Jüngung des französischen Sozialismus zu  
dem deutschen Kapitalismus ja durchaus verträglich. Die befehen-  
den Klassen der verschiedenen Länder schlagen sich und betrogen  
sich. Sie hegen die Wölfe aufeinander, lassen sie in ihrem Inter-  
esse bluten, sind aber bereit, sich über die Schladfelder hinweg die  
Hand zu gemeinsamer Ausbeutung der Proletariate zu reichen.  
Inzwischen darf doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß es  
diesmal um einen besonders trafen Fall handelt, nämlich den  
Handel. Denn die Kreise, die hinter der Deutschen Volkspartei  
stehen, sind doch die eigentlichen Träger des Kriegsgewinns und  
der Kriegspolizei in Deutschland gewesen.

Wohlwilt in noch höherem Maße als die Sozialdemokraten, das  
historische Weib. Aber die Deutsche Volkspartei flücht sich auf  
diejenigen Elemente, die den Krieg als Geschäft betradeteten, die  
im Siegesfrieden ihren wirtschaftlichen Vorteil suchten und die mit  
fauler Verrechnung jene Methoden der Kriegführung aufhoben  
und unterkühlten, die und den Abbruch der Welt und nicht zuletzt  
Frankreichs eingetragen haben. Sie waren die eigentlichen Er-  
oberungspolitiker, und die berühmte Einlage der verschiedenen  
Verbände aus dem Jahre 1918, durch die der Amerigoisfeldzug in  
großen Stil in Deutschland eingeleitet wurde, war zum größten  
Teil ihr Werk. Sie haben sich rücksichtslos über alle Forderungen  
des Völkerechts und der Menschlichkeit hinweggesetzt, und es war  
ihnen kein Mittel zu schätz, mit dessen Hilfe sie den Sieg erringen  
zu können wollten.

Um Ende ist es auch zweifellos, in diesem Augenblicke daran  
zu erinnern, daß gerade die Rückkehr der Deutschen Volk-  
spartei, die Schwerindustrie, in erster Linie die Verantwortung für  
die Fortführung der Rüstungen in Belgien und Nordfrankreich trägt.  
Sie wollte sich die Konkurrenz zum Reibe halten, um ihre Werke  
unter dem Vorwand, daß sie Schrot für die deutsche Stahlpro-  
duktion gebrauche. Und insbesondere Herr Stinnes! Dar er sich  
nicht gerührt, daß er die Deportation der belgischen Arbeiter trotz  
den anfänglichen Widerstreben des Generalgouverneurs von  
Lüttich durchgesetzt habe? Und gerade mit diesen Herrn Stinnes  
wollen jetzt die Kapitalisten Frankreich, die sich damals nicht  
wegen über die „Kulturkampf“ der Verhinderung, Unzufrieden-  
gestellten kommen, im Vergleich treten. Die Aussicht auf ein Ge-  
schäft, das internationale Bourgeoisie alles verzeihen und alles  
ergeben. Das Proletariat aber hilft man unterdrücken, und  
macht ihm seinen Mangel an nationalem Empfinden zum Vor-  
wurf.

Es wird eingemantelt werden, daß Frankreich in erst haben wolle,  
wie sich die Deutsche Volkspartei zur Erfüllung des Friedensver-  
trages stellt. In Wirklichkeit kann es über diese Antwort gar

nicht im Zweifel sein. Wenn wie die Regierung werden auch die Leute von Erfassung und Entzug der Waffen, das sie alles zum Wollen, was in ihren Händen liegt, um den gewählten Bedingungen gerecht zu werden. Nur aber dieser Bedingung im Widerspruch steht mit ihrer bisherigen Haltung und den großen Worten, die sie im Wahlkampf gemacht haben. Sie übergriffen doch die alte Regierung mit Angriffen, weil sie dem Ausland gegenüber eine so große Weisheit und Nachgiebigkeit an den Tag legte. Sie besprochen eine feste und energische auswärtige Politik, erzeugten und verstärkten in ihren Wählern die Abneigungswelt, und sie nahmen, um von anderen zu scheitern, mit Begrüßung den famosen Baron Reuter in ihre Reihen auf, der so schon in Paris die Tragödie des letzten Kampfs aufgeführt hatte.

Die Leute die nun zur Macht gelangt, ihre Haltung ändern? Ja und Nein. Sie werden bemüht sein, den Wünschen des internationalen Sozialismus auf Kosten der deutschen Arbeiterkraft nachzugeben, und gleichzeitig mit Hilfe der Feinde von vorerhalten die Herrschaft der deutschen Kapitalisten so fest als möglich zu befestigen. Sie sind diesen Bestrebungen auseinanderzusetzen, sie zunächst die Aufgabe des deutschen Proletariats. Aber im Grunde sollte man sich doch in Frankreich keinerlei Zusätzungen darüber machen, daß eine Stärkung des politischen Einflusses der Göttinger Gruppe in der Zukunft große Gefahren für die Ruhe Europas in sich birgt. Die Deutsche Sozialpolitik mag gegenwärtig zu den vornehmlichsten Maßnahmen der Welt sein. Doch ihre und des Kapitalismus Fortschrittsgewalt gleichzeitig die Erneuerung und die Erneuerung der deutschen Arbeiterkraft. Selbstverständlich werden die deutschen Arbeiter alle ihre Kräfte anspannen um diese Erneuerung zu unterstützen. Aber sie werden nicht aufhören, das große Spiel der Bourgeoisie der Entente-Länder mit dem Feinde zu spielen, und sie werden nicht aufhören, dabei in den Reihen ihrer Feinde in England und Frankreich das rühmliche Verhältnis zu haben.

## Die Boykottwirkung in Ungarn. Neue Regierungstrife.

Berlin, 25. Juni. Der Freiheit wird aus Wien über eine Regierungstrife in Ungarn und ihre Ursachen folgendes mitgeteilt:

Die strenge Durchführung des Boykotts gegen Ungarn führt zu Kämpfen zwischen Arbeitern und Beamten. Auf der Eisenbahn und der Post, wo die Beamten den Boykott durchbrechen, treten die Arbeiter in den Streik ein, um die eigenen Rechte zu schützen. In Brauereien führt die Nationalität der Beamten zum Anschließen. Die Arbeiter Ungarns ist fast vollständig. Sogar Schmutzgel ist unmöglich. Eine Abwertung Subventionen und Aufhebung der Arbeit von der Regierung Verhandlungen mit dem internationalen Gewerkschaftsbund. Die Industriellen wünschen die Hermitisierung der ungarischen Sozialdemokratie. Die ungarische Regierung ist zurückgetreten. Dies ist zum Teil eine Folge des Boykotts, zum Teil aber aus dem Bemühen durch Staatskredite die Krise des bekannten Leinwandhändlers. Der Leinwand hat Flugblätter in Tausenden verbreiten lassen, in denen aufgefordert wird, daß die Regierung zurücktritt. Er verlangt eine „Regierung der freien Hand“.

Eine solche Forderung im Lande des Weissen Sozialismus zu stellen, läßt auf vollständigen Bruch dieses Leinwandhändlers schließen.

## Konferenz der englischen Arbeiterpartei.

London, 22. Juni. (Neuer.) Bei der heute in Scarborough eröffneten Konferenz der englischen Arbeiterpartei, an der 1150 Delegierte teilnahmen, sagte Camille Huberman in einer Rede, er werde in dem beantragten, daß das internationale sozialistische Sekretariat auf die Konferenz besetzt werde, weil der fünftägige Mittelpunkt der Internationale in einem mächtigen Land mit einer mächtigen Partei liegen müsse.

## Für die Anerkennung der Sowjet-Regierung.

Amsterdam, 24. Juni. Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei in Glasgow nahm eine Entschließung an, die befragt die Friedensbedingungen räumen mit den Kriegszielen in Überlegung. Ferner wird in der Entschließung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Ausland und das Unterlassen jeglicher Hilfe an die antihörschenschaftliche Diktatur gefordert. Des weiteren wird der Weisse Schrecken in Ungarn Staatsverurteilt und erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Mittel-Europas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig ist. Entschloß wurde beschlossen, Lloyd George zu ersuchen, eine Abwertung der Barthelemy und des parlamentarischen Ansehens der Gewerkschaften zu empfangen, um die oben erwähnten Punkte zu befördern.

## Verständigung zwischen der Türkei und Armenien.

Nachdem Ausland mit der Türkei Frieden geschlossen hat, tritt es nunmehr als Vermittler auf zwischen der Türkei und Armenien und man nimmt an, daß die Verhandlungen mit einer vollen Verständigung zwischen den beiden Ländern enden werden. Es würde ein nicht zu unterschätzender Erfolg sozialistischer auswärtiger Politik sein, denn nirgendwo waren die Gegenstände so erbittert und durch nationalistiche Strömungen so auf die Spitze getrieben wie bei diesen Ländern. Man erinnert sich an die wucherliche Politik der Türkei gegen die Armenier während des Weltkrieges und man ist erfreut zu hören, daß es möglich sein soll, alle die Grenzstriche zu versetzen. Die Sorge vor neuen Verletzungen der Türkei liegt fast allerdings beiseite in dem Vertragsentwurf wieder. Im jedem Anfangs neugierig, soll die Türkei verpflichtet werden, keinerlei Militär innerhalb bestimmter Grenzen zwischen den beiden Staaten zu halten. Es wird also gewissermaßen eine neutrale Zone geschaffen. Schwieriger war die Frage der Grenzfestlegung des armenischen Staates. Die Ansprüche Armeniens auf seine alten Grenzen können nicht erfüllt werden, aber man hofft zu einer Kompromiß zu gelangen in der Weise, daß die Armenier, die während des Krieges aus der Türkei flohen, unter Wahrung vollen Bürgerrechts wieder in die Türkei zurückgeführt werden und daß man ihnen genügend Land zur Ansiedlung überweist. Dieses Gebiet, sowie das augenblicklich von Armenien besetzte Gebiet innerhalb der früheren osmanischen Grenzen, wird den neuen selbständigen Staat Armenien bilden. Gemeindefreie Gebiete innerhalb des Gebietes sollen allmählich auf armenische Bevölkerung übergeführt werden und überleitet aus türkische Bevölkerung, die vorzeitig im armenischen Staat lebt. Auf diese Weise könnte durch die unermüdbaren Vermittlungstätigkeit Sowjet-Auslands eine Verständigung erzielt werden, aber

(Selbstverständlich hängt auch hier letzten Endes viel von der Haltung der Entente ab.)

## Fort mit der Militärjustiz!

Die Unabhängige Fraktion des Reichstages verlangt in einem Antrag die sofortige Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Die Regierung ist verpflichtet, diesen Antrag mit allen Mitteln zu unterstützen, denn die Militärgerichtsbarkeit ist nach der Verfassung tatsächlich abgeschafft. Roste hat aber durch unbewusste Schritte und Schritte, wobei er von seinen Parteigenossen tatkräftig unterstützt wurde, es immer wieder zu bezwecken gelangt, daß die gesetzlichen Auswahlschlichtungen in der Nationalparlamentierung zur Verachtung kommen. Für die Nationalparlamentierung sollte dann die Nationalparlamentierung ihre große Unterstellung endlich gutmachen. Das Weichen Scheitern an der Schöpfung der Militärjustiz, die Militärjustiz besteht also weiter, und zwar als schismatisches System in hohem Grade. Tritt die neue Regierung, ganz gleich wie sie zusammengelegt sein mag, nunmehr nicht schnellstens für Befreiung dieses mittelalterlichen Schandflecks ein, dann macht sie sich eines großen Verfassungsverstoßes schuldig.

Unsere Aufgabe wird es sein, ohne Rücksicht auf die Stellung der Regierung, das Volk gegen die deutsche Justizschandfleck mobil zu machen. Der Kampf muß auf breiterer Basis organisiert werden. Der Widerwilligkeit gegen die Militärjustiz ist grenzenlos. Im Bundesratsrat hat die Militärjustiz und Balli Schuler, das durch die Volksabstimmung über die Militärjustiz entschieden werden sollte. Das Volk wurde dabei zugleich in die Irre über die Wahrheit von Wald Haller geführt. Nach der Wahl von Reuter hat er sich auf einen Volksentscheid auf. Er hat allen Mitgliedern des Reichstages eine Erklärung gegeben lassen, die lautet:

„Der Bund Neues Vaterland, der Republikanische Führer und der Friedensbund der Kriegsteilnehmer haben anlässlich der Ermordung des Reichstages einen Aufruf an die allgemeine Kulturwelt gerichtet, in dem die Gemeinlichkeitspolitik des Militarismus getadelnd ist und in dem die Befreiung der Militärgerichtsbarkeit gefordert wird. Die Ermordung Hans Baumbachs und der Freireich der Warburger Freireichlichen werden uns um den letzten Rest an Sympathien des Auslandes auch in dem deutschfeindlichen Ausland drängen.“

Wenn der Reichstag nicht unmittelbar nach seinem Zusammenbruch die sofortige Befreiung der Militärgerichtsbarkeit beschließt, werden die parlamentarischen Organismen auf Grund des Artikels 78 der Reichsverfassung kaum aufrufen, durch Volksgehören und Volksentscheid diese Forderung zu erörtern.“ Die Regierung wird, wenn der unabhängige Antrag im Reichstag zur Beratung kommt, sicher wieder allerlei Schwierigkeiten vorführen, die Reichstagen in deren Interesse es liegt, daß die politische Morde, von Offizieren verübt, unbestraft bleiben, werden sich bemühen, den Widerstand durch Kriegserichte zum staatlichen Weiblich zu erheben. Deshalb muß das Volk rechtzeitig mobil gemacht werden, damit die Regierung sieht, daß es in dieser Frage kein Zurück mehr gibt.

## Die Protestbewegung gegen den Steuerabzug.

Köln am 24. Juni. Der bevorstehende Abzug vom Arbeitsdienst hat auch in den kleineren Arbeiterkreisen große Beunruhigung verursacht. Die Gemetzel wird auf den arbeitslosen Massen ein Tag zu Tag wachsender Widerstand gegen die beherrschenden Mächte fortschreiten. Wie der Korrespondent der Zeitschriften-Union selbst, bewegt sich die Agitation in der Richtung, daß, wenn das Abzugsverfahren wirklich durchgeführt werden sollte, ein breiter und unablässiger Generalstreik einsetzen wird, um die Befreiung der neuen Methode zu erzwingen. Die Arbeiter-schaft steht auf dem Standpunkt, daß es bei der bisherigen Steuer-einhebungsmethode bleiben müsse.

Essen (Rubr.) 24. Juni. Die streikenden städtischen Arbeiter haben das Wasserwerk stillgelegt. Die ganze Stadt, auch die Krankenhäuser, sind ohne Wasser. Mehrere industrielle Werke mussten bereits den Betrieb einstellen.

Köln, 24. Juni. Der Regierungspräsident gibt bekannt, daß die Rheinland-Kommission den zehnjährigen Lohnabsugenehmigt hat.

Heiden, 24. Juni. Auf Anordnung der Internationalen Kommission in Opladen unterbleibt die Erhebung des Einkommensteuer durch Abzug von 10 Prozent des Arbeitslohnes für das beliebige oberdeutsche Gebiet. Die Internationalen Kommission hat sich wegen Aufhebung des zehnjährigen Steuerabzuges bereits mit dem Deutschen Reich in Verbindung gesetzt. Außerdem ist die Forderung aufgestellt worden, den Arbeitern die Vermögenszulage zuzulassen zu lassen.

Berlin, 24. Juni. Der Bund der Landwirte hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er sich gegen den Steuerabzug in der Landwirtschaft wendet und erklärt, der Abzug in der Landwirtschaft ist schädlich ohne große Ungerechtigkeiten nicht durchzuführen. Der Bund der Landwirte richtet deshalb das Ersuchen an die Reichsregierung, die Ausführung dieser Bestimmungen bis zu ihrer Abänderung zunächst aufzuschieben.

## Der Landarbeitertreue in Pommern.

Der Pommersche Landbund hat sich in einer neuen Eingabe an die preussische Regierung, des Reichsministeriums und den Staatskommission für öffentliche Ordnung, demnach, ein gemeinsames Ersuchen gegen die streikenden Landarbeiter zu erziehen. Es besteht in der Eingabe:

„Wir verlangen nunmehr, nachdem trotz Tarifabschlusses im Kreise Köslin heute, nach 48 Stunden, noch gestreikt wird, sofortige Maßnahmen der Regierung, daß die untere Volksschicht schwer schädigende, mit unerbittlichen Umständen verbundene Arbeitsverleumdung unermüßlich eingestellt wird. Wir erklären, als die beauftragten Vertreter der gesamten Arbeitgeberschäfte der Kreisgruppen des Pommerschen Landbundes, daß wir jetzt nur noch in Verhandlungen eintreten, nachdem die Arbeitsbedingungen aufgenommen ist und die um die Kooperationsfreiheit ringende Arbeitergruppe grundsätzlich anerkannt wird.“

Die Landarbeiter werden kaum so leicht sein, bedingungslos die Arbeit aufzunehmen, um sich dann auf Gnade und Ungnade den pommerschen Junkern auszuliefern.

Stettin, 24. Juni. Der Landarbeitertreue im Regierungsbezirk Köslin umfassen die jetzt ungefähr 150-200 Güter, davon allein im Kreise Stolp 100 Güter. Seit gestern ist der Streik auch auf den Kreis Rummelsburg übergegangen.

## Die „technische Nothilfe“ hilft den Landjüngern!

Berlin, 24. Juni. (M. B.) Am pommerschen Landarbeitertreue hat der Landrat des Kreises Köslin nach langwierigen Verhandlungen mit den Streikenden sich die technische Nothilfe zum Eintreten aufgerufen. Es ist daraufhin im Laufe des heutigen Tages die Nothilfe auf fünf Gütern des Kreises zur Verhinderung der Notstandarbeiten eingesetzt worden. Da auch im Kreise Köslin ein neuer Landarbeitertreue ausgebrochen ist, sieht auch hier Not-

hilfe bereit. In anderen Gebieten haben sich die Nothilfe, schließen mit ihren Beihilfen der landwirtschaftlichen Notlage. Es wird den Landarbeitern revolutionäres Denken eingeschämert!

## Gegen Kapitalismus und Militarismus.

### Internationale Gewerkschaftspolizei.

Die steigende Macht der Gewerkschaften ermöglicht die Lösung von Problemen, die für den proletarischen Befreiungskampf von Bedeutung sind. Der gewaltige Versuch, den Weissen Schrecken in Ungarn durch internationalen Boykott zu befeitigen, eröffnet neue Möglichkeiten des Massenkampfes. Wiederholt haben Arbeitergruppen verschiedener Länder Kriegstransporte gegen Ausland verhindert. Gegenwärtig stehen die deutschen Eisenbahner vor der Aufgabe, den Transport von 100 000 Mann schwarzer Truppen zu verweigern, die durch Deutschland nach Polen befördert werden sollen, um gegen Ausland vorzugehen zu werden. Diese Erscheinungen erwecken die Hoffnung, daß es der Gewerkschaften internationale bald möglich sein wird, an die Arbeiter der ganzen Welt den Ruf zu richten, die Herstellung von Munition und Waffen und den Transport von Kriegsmaterial unter allen Umständen zu verweigern.

Nach immer bringt das Wüten des Imperialismus die Gefahr neuer Kriege. Die steigenden Großmächte rivalisieren, vor von ihnen bei der Verfassung Mitteleuropas und Auslands den Hauptteil der Beute einstecken soll, und der deutsche Imperialismus hofft noch immer den anderen überbieten zu können und dadurch zur früheren Bedeutung zu gelangen. Seit einmündig Jahren bieten die deutschen Militaristen und Regierungskreise, den früher verklärten Feinden deutsches Menschenfleisch zum Kampfe gegen Ausland an. Sie hoffen, bei einem neuen Krieg die Hurralanlage wieder zu erneuern und die Macht des Militarismus über das gesamte Weltwirtschaftsleben wieder aufrichten zu können. Die deutsche Schwerindustrie hat die Wiedereinrichtung des Militarismus und das baltische Abenteuer, das der erste Schritt in der angegebenen Richtung war, mit vielen Millionen unterstützt. Unabhängig von einer internationalen Aktion ist es Pflicht der Arbeiterkraft jedes Staates, alle Kriegstreiber im eigenen Lande von vornherein zu bekämpfen. Ganz besonders das deutsche Proletariat muß in diesem Kampfe voran gehen. Wir dürfen uns nicht wieder übermühen lassen, nicht wieder vor fertige Lasten laden lassen. Die deutschen Arbeiter, die durch den Krieg so viel gelitten haben, müssen verlangen, daß ihre Kraft nur für nützliche, produktive Arbeit verwendet wird. Wir, die wir fünf Jahre lang ergritten wußten, daß die ganzen Produktionsmittel des Staates und die ganze Arbeiterkraft unseres Volkes verwendet wurden um Werkzeuge herzustellen, mit denen sich Proletariat für die Interessen einiger Kapitalistengruppen gegenseitig perfleischete; gerade wir müssen unter dieser Last daran gehen, der Herstellung von Nordwestzügen ein Ende zu machen.

## Preussische Landesversammlung.

### Die Haftentlassung des Genossen Kilian beschlossen!

140. Sitzung, Donnerstag, den 24. Juni. Präsident Reinert eröffnet die Sitzung 2 Uhr 45 Minuten.

Der Antrag des Geschäftsausschusses des Abgeordneten Kilian, der gegenwärtig eine dreijährige Gefängnisstrafe wegen Delikte ausschließlich politischer Art verbüßt, wurde gegen die beiden Parteien der Rechten unter lebhaftem Beifall angenommen.

Der Gegenentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, der in einem einzigen Paragraphen bestimmt, daß das Gesetz über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts auf die Monate April bis September 1920 ausgedehnt wird, wurde in allen drei Beratungen ohne Auspruch angenommen.

Der Antrag des Geschäftsausschusses auf Abänderung der Reichsverfassung über die preussischen Stimmen im Reichstag, der Antrag besagt die Verlängerung der in der Verfassung gegebenen Fristbestimmung für die Ernennung der Reichspräsidenten, damit die Regelung der Verhältnisse der Provinzialverwaltungen beschleunigt werden kann.

Abg. Dr. Breck (Dem.): Die Verlängerung der Gültigkeit der heutigen preussischen Stimmen im Reichstag wird sich nicht unweilen lassen. Wir beantragen aber es lediglich bei der Abänderung der Fristbestimmung zu lassen und nicht darauf zu bestehen, daß die Reichspräsidentenwahl ebenfalls im Reichstag und die Stimmen seiner Provinzen abgeben werden. Diese Forderung würde im Reichstage nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten. Außerdem würde durch Annahme des Antrages des Geschäftsausschusses eine heftige Stimmung erzeugt.

Abg. von Arles (Dem.): Wir stimmen für den Auswahlsantrag und lehnen den Antrag Breck ab. Da wir sonstigen neuen Verlängerung der Frist an den Reichstag herantragen, so können wir auch die Forderung der anderen einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung beantragen.

Unterstaatssekretär Dr. Freund tritt ebenfalls für Annahme des Auswahlsantrages ein, ebenso Abgeordneter Schölich (Soz.). Darauf wird der Antrag Breck abgelehnt und die Vorlage einstimmig angenommen.

Dem verlegt sich das Haus auf Montag, den 6. Juli, vormittags 11 Uhr: Heberung der handelsrechtlichen Verordnungen an den Staat, keine Vorlagen. Schluß 3 Uhr 45 Min.

## Die Neuwahlen für das Preussische Parlament.

Die Neuwahlen zur Preussischen Landesversammlung werden, wie wir erfahren, voraussichtlich im Monat Oktober stattfinden.

## Die Lebensmittelunruhen.

Neuerdings ist es auch in Bremen zu Unruhen gegen die Lieferung gekommen. Die Demonstrationen verstärken sich besonders am Donnerstag während der Mittagsstunden, so daß die Polizei einige besonders lebhaft Lebendstrafen für den allgemeinen Verkehr sperre. Die Demonstranten wandten sich im Laufe des Tages auch gegen die Schuhwarengeschäfte und großen Warenhäuser, deren polizeiliche Schutz zugeleitet wurde. In den Schuhwarengeschäften fanden diesmal zwei Verhaftungen statt. Die Lebensmittelverhältnisse beruhen im allgemeinen ohne schwere Folgen für die Allgemeinheit, haben jedoch die beteiligten Händler durch Lebensmittelproben Schaden erlitten. Viele große Lebensmittelgeschäfte in der inneren Stadt haben wegen der beherrschenden Lage schließen müssen. Am Donnerstagabend wurde die Fußgängerstraße von Polizisten und Sicherheitspolizei mit aufgepflanztem Bajonett



# Heute abend 7 Uhr im Volkspark: Begrüßungsfeier für den Gen. Kilian, bestehend in Begrüßungsansprachen, Konzert u. Gesangsvorträgen.

Die gesamte Arbeiterschaft ladet ein  
Die Parteileitung der USPD.

Die Gänger werden gebeten 1/7 Uhr und die Mitglieder des Frauensings 1/8 Uhr im Startkammer zu erscheinen.

**Beramlungs-Anzeiger 1163 D.**  
**Halle und Saalpreis.**  
Sekretariat: Harz 42-44, Zimmer 23-24.  
Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.  
Fernsprecher 1473.

**Mitglieder-Beramlungen.**  
**Dölan.**  
Sonabend, den 26. Juni, abends 8 Uhr,  
im Gasthof Biercksche.  
nicht Freitag wie irrthümlich angegeben.  
**Liestan.**  
Sonabend, den 26. Juni, abends 8 Uhr,  
im Gasthaus Rübl.  
Erscheinen aller bringend erwünscht.  
1864 Der Vorstand.

**DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND**  
**HALLE A.S. FERNRUF HARZ 42/44**  
**Nº 1726 SONNABEND 9-2**  
BÜROZEIT 11-1 u. 4-6

**Klempner und Installateure:**  
Sonabend, den 26. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in Köpckens Restaurant, Unterberg 12.  
Tagesordnung:  
Bericht über die Verhandlungen betr. Auslösung und Ferienfrage. 1863  
Die Branchenkollegen müssen Mann für Mann zur Stelle sein. Die Branchenleitung.

**Maler.**  
Sonabend, 26. Juni, im Volkspark, Burgstraße:  
**Feier des 25. Jubiläums.**  
Von nachmittags 3 Uhr an:  
Konzert, Gesang, Respirationen und Ball.  
Hierzu ladet freundlich ein Das Komitee.  
Dienstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus:  
**Mitglieder-Beramlung.**  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.  
1853 Der Vorstand.

**Auf Kredit**  
Liefere ich moderne  
Herren-Anzüge schon von 463 Mk.  
an  
Burschen-Anzüge in großer Auswahl.  
Carl Klingler, Halle, Leipzigstr. 11, 1. Etg.  
Zwingung Handberg, aus 1. Klasse.

**Transportsurte, Lederklappen**  
gebraucht, für Bantoffelherstellung, sowie auch  
von gebrauchten Säulen, in großen Mengen,  
verkauft preiswert.  
Sternlicht, Alter Markt 11, Tel. 1388.

**Öffentliche Bekanntmachungen.**  
Halle.  
100 Gramm Margarine.  
In der Woche vom 26. Juni bis 4. Juli 1920 werden auf den Abchnitt 29 der roten Karte für jede Portion eines Haushaltes 100 Gramm Margarine zum Preise von 2,26 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkontingente betrieht ist.

**Öffentlicher Verkauf von Traktat**  
(ein Pflanzenzucht)  
in der Talamischule am Sonnabend, den 26. Juni 1920. Jugelien zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 63001-61.600, vormittags von 8-11 Uhr. Es kann an jede Portion eines Haushaltes 1/4 Pfund zum Preise von 9 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden.

**Öffentlicher Verkauf von Trocken**  
(4. Sonderverteilung)  
in der Talamischule am Sonnabend, den 26. Juni. Jugelien zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 63001-61.600, vormittags von 8-12 Uhr. Für jede Portion eines Haushaltes können 50 Gramm zum Preise von 4 Mk. abgegeben werden, 50 Gramm Trocken entsprechen der Güte von 5 Eiern.

**Öffentlicher Verkauf von weißen Bohnen mit Fett**  
in der Talamischule am Sonnabend, den 26. Juni. Jugelien zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 63001-61.600, vormittags von 8-11 Uhr. Für jede Portion eines Haushaltes können 2 Dosen zum Preise von 2 Mk. für die Dose abgegeben werden.

**Bereitstellung von Kuchen in Bäckereien.**  
Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 21. Oktober 1919 darf in Bäckereien in denen Roggen- oder Weizenbrot gewöhnlich hergestellt oder hergestellt wird, Kuchen oder Torten weder hergestellt noch eingeliefert werden; jedoch das Backen dieser Waren für Haushaltungen in den Betrieben gestattet. Mehrfache Verträge gegen diese Bestimmung geben an Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuwirken. Invertheilungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 5000 Mk. bestraft; auch kann neben der Strafe die Stilllegung der betreffenden Bäckerei angeordnet werden.

**Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre wird für die Woche vom 26. Juni bis 4. Juli gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milkartenabchnitte 1 Pfund verkondensiertes Milch zum Preise von 6,00 Mk. (eins Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern.**  
Auf die Milkarten der Klasse IV wird für die Woche vom 26. Juni bis 4. Juli gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milkartenabchnitte 1 Pfund verkondensiertes Milch zum Preise von 6,00 Mk. (eins Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefährte sind mitzubringen.

**Öffentlicher Verkauf von Rerzen**  
in der Talamischule am Sonnabend, den 26. Juni 1920. Jugelien zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 63001-61.600, vormittags von 8-11 Uhr. Für jeden Haushalt können drei Rerzen zum Preise von 4 Mk. abgegeben werden.

Die Gewerbetreibenden der nachstehend aufgeführten Straßenliste werden hiermit aufgefordert, bis zum 26. Juni 1920, ihre Abgaben möglichst auf einmal, lauter gereinigt und die Abgabe ausgeschrieben, innerhalb der aufgeführten Straßen an den Montag- und Donnerstagen von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachmittags an den Einnahmestellen, in der Woche vom 5. bis 10. Juli 1920: Bürgerstraße, Palkstraße, Ballanstraße, Sellenstraße, Friedenstraße, Gneisenstraße, Kleine Postenstraße, Klausbergstraße, Kurler, Beladungsstraße, Pflanzentrage, Tiergartenstraße, in der Woche vom 12. bis 17. Juli 1920: Ludwig-Wucherer-Straße, Bismarckstraße. In der Woche vom 19. bis 24. Juli 1920: Schillerstraße, Beberstraße, Hardenbergstraße, Auguststraße. In der Woche vom 26. bis 31. Juli 1920: Riechstraße, Grottenstraße, Lobenzollnerstraße, Kallestraße, Kalleplatz, Blumenstraße, Seidenbunnenstraße, Kronprinzstraße. Die Gasseibermahlung.

**3 Könige**  
Kl. Klausstr. 7, Nähe des Marktes.  
Nur noch kurze Zeit. Nur noch kurze Zeit.  
**Jim Scheer.**  
Neues Programm! - Neue Posen!  
Sonntag nachmittag 1/4 Uhr:  
**Familienvorstellung.**

**Volkspark. Großer Ball.**  
Heute, Freitag:  
**Morl. Morl.**  
Arbeiter-Gesangverein, Männer- u. Frauenchor.  
M. d. D. A. S. B.  
Sonntag, den 27. Juni er.:  
**1. großes Stiftungsfest**

verbunden mit Preisfischen, Preisregeln u. Blumenverlosung.  
Von 1/2 12 Uhr an: Vereins-Empfang.  
Um 2 Uhr: Umzug.  
Nachdem: Großer Ball.  
Alle in Frage kommenden Chöre dürfen werden. Nicht sprecks Chorprobe 1/2 12 Uhr einfinden. Zu recht abtreditem Besuche ladet ein Der Vorstand.

**Für Gewerkschaftsfeste,**  
Kinder-, Garten- und Volksfeste:  
Stoeklatern, Fackeln mit Lichte, Tragsche, Girlanden und sonstige Kinder-Heiligtums-Geschenke und Verlosungs-Artikel empfiehlt  
**Paul Lange, Merseburgerstr. 163,**  
Nähe Riebeckplatz. Neben Apollo-Theater.

**Partelschriften** empfeht: **Volks-Buchhandlung.**  
Versorgung mit Kartoffeln:  
In der Woche vom 26. Juni bis 4. Juli können auf der Marke 46 der grauen Kartoffelkarte 8 Pfund Auslandskartoffeln gekauft werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften betrieht werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkontingente erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Auslandskartoffeln beträgt 45 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt.

**Bitterfeld.**  
Mitgabgabe an landwirtschaftliche Arbeiter.  
Es sind darüber Zweifel entstanden, ob die landwirtschaftlichen Arbeiter einen Anspruch auf Deputatsvollmacht haben. Nach den bestehenden Vorschriften haben nur diejenigen Personen Anspruch auf 1/2 Arbeiter-Vollmacht, die zum engeren Haushalt des Arbeitgebers gehören. Gemüthliche Deputatsvollmachtverträge haben an. Sollte in einzelnen Fällen vertrappt noch Milch einen Teil der Entlohnung bilden, so ist dieser an ihr zugunsten streng darauf zu achten, da die Vollmacht immer größer wird.  
Bitterfeld, den 18. Juni 1920.  
Der Preisauswahls des Kreises Bitterfeld.  
J. D. Stammet, Kreisdeputierter.

**Gesellschaftverteilung für die Woche vom 20. bis 26. Juni 1920.**  
In der Woche vom 20. bis 26. Juni d. S. werden 100 Gramm Auslandsbrot und 100 Gramm Margarine an die Verlosungsberechtigten ausgegeben.  
Bitterfeld, den 17. Juni 1920.  
Der Preisauswahls des Kreises Bitterfeld.  
J. D. Stammet, Kreisdeputierter.

**Stadttheater.**  
Sonabend, den 26. Juni.  
Tägliche  
Anf. 6. Ende nach 11 Uhr.  
i. Mittwochs-Abonnement:  
**Die Meistersinger**  
von Nürnberg.  
Sonntag nachmittag:  
Fischmann als Erzähler.  
Sonntag abend: 1868  
Das Dreimäderlhaus.

**Apollo-Theater.**  
Tägliche  
abends 8 Uhr:  
**Die Erbtante**  
Posse i. 3 Akte v. H. Teller.  
Gastspiel von:  
**Fritz Thurn-Silvere.**  
In den Hauptrollen:  
Paul Becker u. 1869  
Fritz Thurn-Silvere.

**Otto Reinhardt's Restaurant, Reilstr. 62.**  
Morgen, Sonnabend:  
**Großes Preis-Skaten.**  
3 Serien. Anfang 3/4 und 7/8 Uhr.  
Hierzu laden freundlich ein  
1865 **Otto Reinhardt u. Frau.**

**Arb.-Radf.-Verein „Vorwärts“**  
Mitglied des Bundes „Freiheit“.  
Sonntag, den 27. Juni,  
von nachmittags 3 Uhr an, im  
großen Saale des Volksparks:  
**Sommer-Vergnügen**  
verbunden mit Kunst- und Reigenfabren.  
Hierzu sind alle Freunde und Gönner des Vereins  
herzlich eingeladen. Der Vergnügungsauswahls.  
1864 J. H. Dökar, Leiter.

**USPD. Petersroda. USPD.**  
Am 26., 27. und 28. Juni 1920:  
**Fahnenweihe.**  
Parteiorganisationen, Parteiengassen,  
auf zu diesen Festtagen!  
Hauptfest: Sonntag, den 27. Juni, nachm. 3 Uhr.  
Empfang der Gefährte. Form. 1/2 12 Uhr bis  
3 Uhr nachm. Auf dem Festplatz: Preis-  
fischen, Preisregeln usw. - Preise:  
Schweine, Ziegenböcke, Gänse, Kaninchen,  
Bänder und dergleichen.  
Alle Parteiangehörigen ladet ergeben ein  
Der Festauswahls. Der Vorstand.

**Löbejün.**  
**IV. Gewerkschaftsfest.**  
Früh 6 Uhr: Nachruf. Nachmittags  
1/2 2 Uhr: Sammeln der einzelnen Gewerkschaften an der Post. 2 Uhr:  
Festzug. Nachdem: Konzert im  
Schwan und Schützenhaus. Preis-  
Preisregeln, -fischen, Blumen-  
verlosung und Kinderbelustigung.  
**Wenbs 8 Uhr: Ball in allen vier Gärten.**  
Um abtredite Beteiligung der hiesigen, sowie der  
umliegenden Ortsgenossen an der Partei-  
und Gewerkschaftsgenossen erlucht  
Der Festauswahls.

**Lause**  
In einer Stunde vertilgen Garantie Kopf-, Flöhe-  
Sie unter dem Namen von Richter  
Liese Brut (Mantle), Flöhe b. Menich, u.  
Ker. Bekolds, pat. gelch. M. Wund.  
Anschick. Werk. Beharzig, Steinweg 19,  
Sollatz. H. Radewitz. Drogerei Meyer.

# Das Schicksal der Betriebsräte.

Von Rich. Müller.

Der Kampf um die Betriebsräte hat uns die dritte Erscheinungsform des Räteganges gebracht. Aus den revolutionären Ereignissen der Novembertage des Jahres 1918 entstanden, ohne Klarheit in Wesen und Ziel, obgleich sich praktisch auswirkend auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete in Gestalt von Arbeiter-, Betriebs- und Soldatenräten, blieb der Rätegange bis zum 2. März 1919 ein Problem, das theoretisch heftig umstritten wurde.

Die Aufgabe der sozialistischen Parteien und der Demokraten, die dem 2. März 1919 unterbreitet wurden, sowie die amtlichen Rundgebungen der Regierung im März und April 1919 gaben dem Rätegange greifbare Form, gesteuert vor allem, wie sich die Beteiligten die praktische Verwirklichung des Räteganges vorstellten. Im Rahmen eines Artikels sind die damals gestellten Anträge und sonstigen Rundgebungen nicht ausführlich zu erläutern. Ich will lediglich den Kern derselben herausheben, was auch zur Beurteilung des gegenwärtigen Kampfes um die Betriebsräte genügen wird.

Die Regierung erklärte damals, die Rätebewegung sei über ihr ursprüngliches Ziel, in der revolutionären Bewegung die revolutionären Kräfte zu organisieren, hinausgewichen, es seien in ihr Kräfte enthalten, welche die Grundlage zu einer neuen, sozialen Arbeits- und Wirtschaftsordnung bilden. Sie wollte Betriebs- und Betriebsratbetreuer, einen Reichsarbeiter- und Reichslandarbeiterrat und einen Reichslandarbeiterrat schaffen. Diese Vorschläge sind durch den Artikel 180 in der Reichsverfassung „berufen“ worden. Das Gesetz über Betriebsräte und der vorläufige Reichsarbeiterrat können als erste Bestandteile der neuen „Arbeits- und Wirtschaftsordnung“ angesehen werden.

Die von der Fraktion der SPD und der Fraktion der Demokratischen Partei, sowie der einzelnen Mitglieder dieser Parteien dem 2. März 1919 unterbreiteten Anträge zur Schaffung eines Rätesystems fußten auf der gleichen Auffassung über Wesen und Ziel des Rätesystems, wie sie auch die Regierung ihren Vorschlägen zugrunde gelegt hatte. Wenn es zwischen Reichssozialisten, Demokraten und den Vertretern der Regierung zu Auseinandersetzungen kam, so nur über die zweckmäßige Realisierung der gleichen Vorschläge. Gemeinsam stellten sie sich auf den Boden der formalen Demokratie, erkannten die auf Grund der formalen Demokratie gewählten Körperschaften als den Ausdruck der höchsten, unantastbaren Staatsform an und leiteten die politische Betätigung der Räte ab. Soweit sie den Räten auf wirtschaftlichem Gebiete Rechte zuerkannten, beschränkten sie sich auf eine Erweiterung der Rechte der alten Arbeiter- und Angestelltenvereine, forderten sie Betriebsräte, die als Organe der Gewerkschaften im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften eine Betriebsdemokratie erstehen sollten.

Wir wissen, daß diese Scheinlösungen an den Rätegängen nur gemacht wurden unter dem Druck der gewaltigen Kampfe der Bergarbeiter Rheinlands-Westfalens und Mitteldeutschlands wie auch der Berliner Arbeiter; und weiter wissen wir, daß die Gewerkschaftsleitungen von der Anerkennung der Räte den gleichen scharfen Widerspruch entgegenstellten, wie die ärgsten Reaktionen, und daß dieser Widerspruch nur aufgegeben wurde, nachdem die Gewerkschaftsleitungen ihre Aufgaben erfüllen sollten. (Unstreitig, Betriebsratgesetz Seite 1.)

Der 10. Reichssozialkongress (Anfang Juli v. J.) legte seinen Richtlinien für die künftige Wirtschaftspolitik und für die Arbeitsform der Räte die gleiche Auffassung zugrunde, wie die Regierung und die Reichssozialisten auf dem 2. März 1919. Der Kongress erklärte in den Arbeitsgemeinschaften die konsequente, Fortführung der Tarifvertragspolitik, forderte die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften und wollte die Rechte und Aufgaben der Betriebsräte in Tarifverträgen niedergelegt wissen, um sie somit zu Organen der Arbeitsgemeinschaft zu machen. Die Bestimmungen, die durch die Anträge der USPD zum Ausdruck gebracht wurden, die Betriebsräte zur Grundlage einer sozialistischen

Wirtschaftsorganisation zu machen, bezeichnete das Korrespondenzblatt des USPD, als unverantwortlich, unsinnig und bedauerlich.

Die Vertreter des revolutionären Rätesystems, die politisch auf dem Boden der USPD, legten dem 2. März 1919 Anträge und Richtlinien für den Aufbau der politischen und wirtschaftlichen Wirtschaftsorganisation vor. Sie forderten: „Der 2. März 1919 stellt sich auf dem Boden des Rätesystems. Danach ist der politische und wirtschaftliche Aufbau Deutschlands auf die Wirtschaftsorganisation zu gründen. Die Arbeiterkräfte sind der berufene Vertreter der wirtschaftlichen Bevölkerung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Dieser Antrag wurde durch die Richtlinien für die politischen und wirtschaftlichen Räte ergänzt. Für die Wirtschaftsorganisation zur Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiete wurden die Betriebsräte gebildet und deren organisatorischer Aufbau bis zu einem Reichssozialrat.“

Nach dem 2. März 1919 traten mehrere führende Genossen der USPD, zusammen und arbeiteten die Richtlinien für das wirtschaftliche Rätesystem bis in alle Einzelheiten aus. Die Überlebenden des Wirtschaftslebens, die Organisation der Arbeit, Wahl und Zusammenfassung der Betriebsräte und ihre Aufgaben wurden klar und scharf umrissen und festgelegt. Durch Millionen von Flugblättern wurden die aufgestellten Grundzüge und Richtlinien propagiert; niemand in der USPD, der hingen Widerpruch erheben. Der Vertreter der Reichsregierung, die aufgestellten Grundzüge und Richtlinien praktisch zu verwirklichen, wobei er die Unterleitung vieler Parteigenossen fand. Durch die brutalen Gewaltmaßnahmen des Reiches wurde damals die praktische Verwirklichung der Richtlinien und damit der Aufbau einer Wirtschaftsorganisation verhindert.

In den von der Partei anerkannten Richtlinien wurde eine wirtschaftliche Wirtschaftsorganisation gebildet, die sich aufbaut auf die Betriebsräte; ab sich fortentwickeln soll zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus. Neben dieser Wirtschaftsorganisation wurden die Parteien und Gewerkschaften als bedeutsame Faktoren des proletarischen Kampfes anerkannt. Das ursprüngliche Aktionsprogramm der USPD, in dem die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, als das höchste Ziel der Partei bezeichnet wurde, wurde durch das Aktionsprogramm der USPD, die Gewerkschaften, die sich zum unbedingten Klassenkampf bekennen und die revolutionären Rätesysteme beider, das Aktionsprogramm fordert weiter den Aufbau der Wirtschaftsorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht.

Als die Regierung, gezwungen durch die revolutionäre Entwicklung, das Gesetz über Betriebsräte schuf, um damit ihrer kapitalistischen Wirtschaftspolitik eine Stütze zu geben und die revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse durch Scheinlösungen in eine luterale revolutionäre Bahn zu leiten, da konnte es für die Vertreter der USPD, die die Vertreterin des revolutionären Klassenkampfes, als die Vertreterin und Beschützerin des Räteganges, seine weitere Fortführung, geben, als durch die Wahl revolutionärer Betriebsräte diesem Zweck die Spitze abzubrechen und gleichzeitig zu verhindern, diese revolutionären Betriebsräte dem Aufbau einer Wirtschaftsorganisation dienlich zu machen. Die Partei forderte in einem Aufruf an das Proletariat Deutschlands die Wahl revolutionärer Betriebsräte.

Jetzt gilt es, die Betriebsräte zusammenzufassen und dabei die bisher vertretenen Grundzüge und Richtlinien praktisch zu verwirklichen. Damit erfüllt der Rätegange seine dritte Erscheinungsform, wobei es sich zeigen muß, ob das, was die Regierung, die Reichssozialisten und der Gewerkschaftsbund erstreben, zur Tat wird, oder ob die revolutionäre Propaganda und die revolutionären Ziele der USPD, den Sieg davon tragen.

Der Gewerkschaftsbund will die Betriebsräte erstehen und sie zu Organen der Gewerkschaften machen. Er weist ihnen die Aufgaben zu, die der 10. Gewerkschaftskongress aufgestellt hat, d. h. er will sie für die Fortführung der Arbeitsgemeinschaften machen; die Betriebsräte sollen die der Aufsicht verfallende kapitalistische Wirtschaft wieder aufrichten helfen. Aber auch unter jenen Gewerkschaften, die sich politisch zur USPD und zum Rätesystem bekennen, wird die Eingliederung der Betriebsräte in den Rahmen der Gewerkschaften gefordert. Obgleich diese Gewerkschaften den Betriebsräten andere Aufgaben zuweisen, würde ihr Streben doch nur Theorie bleiben, da ja ihre aufgestellten Richtlinien in der prak-

tischen Auswirkung daselbe bringen, was der Gewerkschaftsbund erstrebt.

Es kann als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß auch die Gewerkschaften ihre Betriebsräte erstehen müssen, zur Erlaubigung der Betriebsräte auszufüllen. Aufgaben. Bei dem Kampf um die Betriebsräte, der jetzt angetragen wird, handelt es sich aber um den Aufbau einer wirtschaftlichen Wirtschaftsorganisation innerhalb des Rahmens der Gewerkschaften nach den Richtlinien, die von der USPD, seit Jahr und Tag aufgestellt und propagiert worden sind. Dabei muß versucht werden einen Weg zu finden, der ein Zusammenarbeiten beider Organisationen ermöglicht. Hier wird die Partei ihre ganze Kraft einbringen müssen zur Schaffung einer revolutionären Wirtschaftsorganisation. In ihrer Hand liegt jetzt das Schicksal der Betriebsräte.

## Verbandstag der Buchdrucker.

Rürnberg, 22. Juni 1920.

### Reizter Verhandlungstag.

In geflügeltem Sitzung wird am Vormittag über die Lage auf dem Tarifgebiete weiter beraten. Als Ergebnis der Verhandlung findet folgende Entschließung des Verbandsvorstandes gegen die Entlassung der Produktion Annahme. (Der erste Absatz dieser Entschließung ist ein Änderungsantrag Schöffers (Köping, Korrespondenz):

1. Die 10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat grundsätzlich ab der zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen ist. Sie erbringt in einem organisierten Ausmaß die bisherigen Tarifgemeinschaften zu einer sozialen Gemeinschaft der Arbeiter und Wirtschaftlichen Interessen aller Branchen des Gewerbes. Die Generalversammlung erwartet daher, daß der zu nächst notwendige Um- und Ausbau der Tarifgemeinschaft in einer den neuzeitlichen Verhältnissen und den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Weise vorgenommen wird und stellt hierzu folgende Richtlinien auf:
1. möglichste Vereinfachung in der Organisation und in den tariflichen Bestimmungen;
2. Festlegung des Mitbestimmungsrechts der gesamten Tarifgemeinschaften bei den entscheidenden Tarifabschlüssen durch Einigung der Urabstimmung über das in den Verhandlungen festgelegte Resultat;
3. die Aufnahme verbesserter Substitutionsmaßnahmen für die Vertrauensmänner der Gehilfen, sowie Aufnahme der Betriebsratbestimmungen in verbesserter Form in den Tarif;
4. Anpassung der Grundlöhne an die bestehenden Verhältnisse;
5. Umgestaltung der Sozialversicherungsbestimmungen durch Berücksichtigung der Arbeitslosenversicherung und Aufhebung verbesserter und höherer Bestimmungen entgegenstehender Bestimmungen;
6. Fortführung der Arbeit bei Sonn- und Feiertagen und an den Feiertagen; ferner durchzuführende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
7. Festlegung der Tarifverträge auf höchstens zwei Jahre. Die Regelung der Erneuerungsalagen hat wie bisher in den gegebenen Lebensverhältnissen entsprechenden kurzen Zeitabständen zu erfolgen.

Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, behufs Ermöglichung der Durchführung dieser Grundzüge, ein Komitee zu ernennen, das sich mit der rechtzeitigen Einbringung des Tarifabschlusses zur Einleitung von Verhandlungen zu beauftragt.

Die Generalversammlung beschließt weiter, daß sämtliche bis spätestens 15. August beim Verbandsvorstand einzureichenden Gehilfenanträge durch eine Kommission der Durchsicht und Auslese zu unterziehen und dann einer Gesamtsitzung der Vorlage zu bringen sind. Diese Kommission entscheidet endgültig über die Annahme der Gehilfenanträge zur Tarifverhandlung zu stellenden Anträge.

Die Generalversammlung macht es allen Mitgliedern und Vertrauensmännern zur Pflicht, die von der ordnungsgemäßen Realisierung der Gehilfenanträge einmündigen Verpflichtungen und Abmachungen zu beachten und danach zu handeln. Sämtliche weitere Besprechungen sind unzulässig, die Gehilfen in die Allgemeinheit und führen zur Gefährdung der Vertragsmäßigkeit.

Die Generalversammlung nimmt weiter Kenntnis von den zur Tarifverhandlung bereits beantragten Anträgen der Prinzipale. Sie erklärt sich bereit, dem Wunsch des Tarifes von Organisation an Organisation näher zu treten, legt dabei aber voraus, daß

## 10) Es kauft das Rad ...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterleben.

Von Dorothy Richardson.

Einmal berechtigte Überlegung von Werner Peter Larsen.

„Wer hat Sie denn eigentlich berechtigt, liebes Kind?“  
„Ich erzähle dir freiwillig, wie es mir ergangen war, denn ich hatte nun gelernt, daß ich eine um so wohlwollendere Behandlung finde, je aufrichtiger ich war.“

„Die Dame sagte, für einhalb Dollar in der Woche könnte ich ein eigenes Zimmer haben; im Schlafsaal kostete es zehn Cent für ein fünfzig Cent in der Woche — alles zahlbar im voraus. Ganz erstaunt war ich, als ich hörte, wie billig das Essen war; die Mahlzeit nur sechs Cent; ich sagte also sofort, daß ich einverstehen lie und täglich meinen Platz im Schlafsaal im voraus bezahlen würde.“

„Angenehm war die eine der beiden Stellen mit dem Paarschönen fertig geworden, und die Dame im Schlafsaal hat den Kopf so hoch in die Höhe zu heben. Sie sah ganz anders aus, als ich sie mir vorgestellt hatte: sie hatte feine, rote Wangen, eine spitze Nase, kleine, dunkle Augen und einen herrlichen Blick. Das war der Mund, der seinen Anreiz daran fand, daß sie, sofern sie nur die Macht hätte, ihre Mitmenschen plagen würde, so gut es gerade ging.“

„Aber das alles nahm ich in diesem Augenblick nur rein gefühlsmäßig in mir auf, denn ich war ganz damit beschäftigt, auszurechnen, wie lang es noch dauern würde, bis meine Mittel völlig erschöpft seien. Und ich sah bei dieser Rechnung, welche Lücken, was da wollte, ich möchte noch in dieser Woche Arbeit finden.“

„Nun muß also voranbehalten werden“, wiederholte Mrs. W. blabber und schrie meinen Namen in ein großes Raus, das sie von ihrem Schreibtisch nahm.“

„Dann sagte sie, die zehn Cent für das Schlafsaal solle ich an sie bezahlen, das fünfzig Cent für den Platz im Schlafsaal. Sie sah mich an und sagte: „Nun, ich hab' also ein fünfundsiebzig-Cent-Geld und sie sagte es in ihren Beutel und drückte ihm mit einem lauten Knippen wieder zu.“

„Winnie“ sagte sie, „seien denn jungen Mädchen den Weg zur Hofbahn und sag' Mrs. W., sie solle gleich mit zu mir herkommen.“

„Gut, ich werde es tun“, sagte ich, „aber ich habe Ihnen ein fünfundsiebzig-Cent-Geld gegeben.“

„Und haben fünfzehn zurückgehalten, liebes Kind“, sagte sie freundlich, aber bestimmt.“

„Berechnen Sie, aber Sie irren sich. Ich hab' nichts zurückgehalten“, sagte ich, „ich hab' Ihnen ja fünf Cent gegeben.“

„Geben Sie mir mal in Ihrer Geldbörse nach!“

„Das ist nicht notwendig“, sagte ich, „aber wenn es Ihnen Spaß macht, so kann ich es tun.“ Und ich nahm die drei anderen fünfundsiebzig-Centstücke hervor und zeigte ihr dann, daß die Börse leer sei.“

„Mrs. W. blabber überredete mich, daß ich fünfundsiebzig übergeben und; aber ich hab' mich dadurch nicht betrogen, denn ich war sehr entschlossen, mir die paar Cent, welche ich noch hatte, nicht auch noch abzuhebeln zu lassen.“

„Es wurde ganz still im Zimmer. Die beiden Kleinen sahen bald auf Mrs. W. blabber und bald auf mich und schienen sich förmlich zu amüsieren.“

„Endlich schenkte Mrs. W. blabber begriffen zu haben, daß ich nicht nachzugeben gewillt sei, und sie nahm ihr Fächerchen vom Tisch und reichte mir meine fünfzehn Cent, fügte jedoch hinzu, daß ein Streum übertrieben völlig unangenehm sei.“

„Sobald wir zur Tür hinaus waren, griff Winnie nach meiner Hand und drückte sie fest.“

„Das freut mich sehr, nicht einmal!“ flüsterte sie, während wir die Türe hinabstiegen. „Sie macht es nämlich mit einer jeden Person so, und die meisten bekommen eine solche Angst vor ihr, daß sie ihr das Geld auch wirklich lassen!“

„Während Winnie nach Mrs. W. blabber suchte, wartete ich in der Wohnküche, einem kleinen, nichteren Raum mit weinroten Wänden, dessen ganze Ausstattung aus den Wänden eines ganz laubenden Wänschen, einem Schaufelstiel und unmaßlicher Wänschen bestand. In dieser sogenannten Wohnküche war eine ganze Schar von kleinen Mädchen verjammelt; sie waren entweder trüblich neugierig auf den Wänschen oder riefen auf der Diele umher oder balagten sich um einen Platz auf den heizbaren Schaufelstiel.“

„Als wir eintraten, hielt der Schaufelstiel in seiner Bewegung inne und einander der Kinder sprang aus. Es war Julia. Sie kam auf mich zu, und im nämlichen Augenblick türnten die anderen, die bis dahin auf den Wänschen gefesselt waren, zum Schaufelstiel, wo eine hübsche Kauerlei um die Frage begann, wer nun berechtigt sei, Julia Platz einzunehmen.“

„Nun, wie ist es gegangen?“ fragte die kleine Julia. „Sind Sie auch bereitgegangen?“  
„Ich hatte keine Lust, auf ihre Frage zu antworten, sondern fragte sie anstatt dessen nach ihr selbst und nach ihren Kameraderinnen, wer sie seien, warum sie hier seien und wo sie hergingen.“

„Was meinst du damit?“  
„Na, das Rad also!“  
„Ja, was soll das denn heißen — Rad?“

„Ja, was soll das sein? Das Rad ist die, welche keine Eltern haben oder ihre Eltern nicht kennen“, sagte Julia, indem sie mit ihrer rechten Hand neuerdings über mein Kleid strich.  
„Sie hatte sich neben mich auf die Bank gesetzt, und als ich die Erklärung des Wortes „Rad“ gehört hatte, überkam mich ein seltsames Gefühl, so daß ich den Arm um sie legte, während sie mich an meine Brust zog.“

„Aber wenn ihr doch weder Vater noch Mutter habt“, fing ich aber einmal an, „so seid ihr doch darum nicht, wie du sagst, „Rad“, sondern ihr seid einfach ertörlos.“

„Julia hob den Kopf und sah mich lange an.“  
„Wer ertörlos?“ fragte sie. „Bistlich?“

„Das stimmt ja nicht“, sagte ich, „Marie und Winnie, die broden bei den Ailen waren, wir sind wirklich ertörlos.“

„Ich hab' niemals weder Vater noch Mutter gekannt.“  
„Obernio hat auch keinen Vater.“  
„Wir sind also wirklich das Rad, wir kommen aus einem Arbeiterheim.“

„Im gleichen Augenblick trat eine dicke, schwarzgekleidete Frau ein, und alle Kinder stürzten auf sie zu und bängten sich an ihre Arme oder, wenn sie nicht so hoch hinaufsteigen konnten, wenigstens hoch an ihre Schürze.“

„Sie kam auf mich zu und sagte, sie heiße Mrs. Lunden; ihre Stimme klang heiser und atemlos, aber sie hatte ein liebenswürdiges und beherisches Wesen.“

„Sie wußte auf die Wänschen an der Wand setzen; dann führte sie mich in den Schlafsaal hinan und zeigte mir mein Bett, den Arbeiterinnen-Deim und das Bett, einem in der Woche dazwischen haben. Ich ließ ihr fröhlich, sagte sie, müßten alle aufstehen, und bis spätestens halb sieben Uhr müßten sie das Haus verlassen haben, ohne vor der Schlafenszeit wiederzukommen.“

„Sie setzte das alles wie eine Waise herunter, in einem einwüchigen, gelblichgelben Zorn, der gar nicht zu ihrem Gesicht und zu ihrem Wesen zu passen schien.“

„Die Kleinen hatten um sieben Uhr zu Bett zu gehen. Die bescheidenen Nachtigallen um zehn; außerdem war das Heim für uns fällige Gäste noch von sieben bis zwölf Uhr abends geöffnet.“

„Sie war eine Art Sozialarbeiterin und befehlerte die Stellung in Arbeiterinnen-Deim man bereits im dritten Jahr. Nach und nach erlaubte ich, daß das „Heim“ eigentlich ein „Arbeiterheim“ hätte sein sollen, dann aber in ein „Arbeiterinnen-Deim“ umgewandelt worden war, weil die Erziehung lehrte, daß ein solches bei weitem einträglicher war.“

„Wen das alles eigentlich gehörte, wußte sie nicht; sie wußte nur, daß von Zeit zu Zeit allerlei vornehme Damen in prächtigen Autos vorbeigefahren kamen, durch die Schlaf- und Speiseküchen gingen und dann wieder in ihren Autos davonjagten.“

(Fortsetzung folgt.)







